

ND

28.11.1991

Zur Krise in Jugoslawien

Auch der nach dem Fall Vukovars in Genf ausgehandelte 14. Waffenstillstand dürfte als gefährdet gelten. Zwar begann die serbisch dominierte Jugoslawische Volksarmee (JVA) mit Truppenabzügen aus Nordkroatien, doch hält der militärische Druck auf Osijek und Umgebung an. Die Stadt wurde von den serbischen Verbänden zur Übergabe aufgefordert. Im Vordergrund der JVA-Bemühungen steht weiterhin die Schaffung eines zusammenhängenden serbisch besiedelten Gürtels um Bosnien-Herzegowina auf kroatischem Gebiet. Das Eingehen auf den Waffenstillstand dürfte der JVA wiederum zur Retablierung und Zuführung neuer Kräfte für geplante Angriffsaktionen dienen. Mit dem geplanten weiteren Abzug von JVA-Verbänden aus Nordkroatien bis zum 7.12. dürfte sich die Möglichkeit einer Belagerung von JVA-Garnisonen durch kroatische Verbände in diesem Gebiet verringern. Zumindest in Nordkroatien dürfte damit mit einer gewissen Entspannung zu rechnen sein.

Zur Lage

Der Fall des zum "Stalingrad" Kroatiens stilisierten Vukovar hat zu Bewegung in den internationalen Vermittlungsaktivitäten, aber auch zu politischer Unruhe in Kroatien geführt:

- ▶ Die Lage in Kroatien ist geprägt durch die Betroffenheit über den Fall Vukovars und die Erwartung von Angriffen auf weitere Städte. Die Festnahme des Rechtspolitikers Paraga (zugleich Führer der nationalistischen HOS-Milizen) zeugt von der Erschütterung der Position Tudjmans.
- ▶ In Serbien will keine rechte Siegesstimmung aufkommen. Die Versorgungslage ist schlecht (seit Wochen kein Heizöl, Benzinknappheit, rapide Teuerung), eine gute Ernte kann vorläufig noch über die tatsächliche wirtschaftliche Konjunktur-Lage hinwegtäuschen. Infolge der Treibstoffknappheit entstehen aber Schwierigkeiten bei der Aussaat. Immer mehr Familien sind vom Krieg direkt betroffen, sei es, dass die Söhne und Väter eingezogen wurden, sei es durch Verluste, oder dass Verwandte aus den kroatischen Gebieten nun schon seit Wochen in der eigenen Wohnung versorgt werden müssen. Die Friedensbewegung in Serbien ist noch schwach (verschiedene führende Politiker sollen an die Front verschleppt worden sein). Der führende Oppositionspolitiker Vuk Draskovic soll neuerdings eine Beendigung der Kämpfe befürworten. Die JVA selbst hat mit Führungsproblemen zu kämpfen (Desertionen, Finanzmittelknappheit, mangelnde Wehrmotivation).
- ▶ Der UNO-Sicherheitsrat verlangt als Voraussetzung für die Entsendung von UNO-Truppen die Einhaltung der Waffenruhe. Serben und Kroaten weisen sich gegenseitig die Schuld an den Verletzungen des Waffenstillstandes zu. In der kommenden Woche soll der Jugoslawienbeauftragte des UNO-Generalsekretärs, Cyrus Vance, vor Ort die Möglichkeiten einer Entsendung von UNO-Truppen abklären. Bonn will zwischen dem 10. Dezember (Ende des Maastrichter Gipfels) und Weihnachten Slowenien und Kroatien anerkennen. Ein Alleingang bleibt aber ausgeschlossen.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass die "gross-serbische Interessengemeinschaft" (JVA, serbische Regierung, jugoslawische Rumpfregierung, Freischärler) zunehmend unter finanziellen und zeitlichen Druck gerät und die längerfristige Unterstützung der JVA durch die serbisch dominierte jugoslawische Rumpfregierung möglicherweise in Frage gestellt ist. So musste von der Rumpfregierung erneut ein Kredit von 24 Mia Dinar (offiziell rund 1,4 Mia Franken) für die Streitkräfte bereitgestellt werden. In Serbien wird offen die Schaffung einer eigenen (billigeren) Armee diskutiert. Dazu kommt, dass die eroberten Gebiete grossenteils verödet (Slawonien, Banija, dalmatinisches Hinterland) sind und zivile Objekte systematisch zerstört werden.

Unter Druck gerät aber auch Kroatiens Präsident Tudjman, dem von Rechtspolitikern vorgeworfen wird, für den Fall Vukovars persönlich verantwortlich zu sein. Diesen Vorwurf erhebt vor allem die durch Exilkreise unterstützte *Kroatische Rechtspartei (HSP)* Paragas, deren Streitkräfte (*HOS-Streitkräfte zur Befreiung Kroatiens*) ca 9000 Mann umfassen, die sich durch besondere Unerbittlichkeit im Kampf auszeichnen. Der innenpolitische Konflikt verschärft die durch die Zerstörungspolitik der "gross-serbischen Interessengemeinschaft" ohnehin angespannte Lage in Kroatien. Die bisherigen Kriegskosten werden mit 15 Mia US\$ angegeben. Besonders betroffen ist die Industrieproduktion. Kroatien wird auf Jahre hinaus schwer belastet sein.

Über die Situation in den "befreiten" Gebieten ist wenig bekannt. Die Verwaltung soll weitgehend zusammengebrochen und durch eine Willkürherrschaft ersetzt worden sein, deren Zeichen sind: Terrorisierung der verbliebenen kroatischen Bevölkerung (teilweise angeblich Kennzeichnung durch rote Armbinden), Umsiedlung, Umbenennung von Ortschaften, Entlassung von Personen, die mit dem kroatischen Regime zusammenarbeiteten, systematische Plünderungen, Sanktionen gegen Serben, die sich nicht an der "Befreiung" beteiligten, Ansiedlung von serbischen Kolonisten, gravierende Verstöße gegen die Menschenrechte usw. In der als selbständig erklärten Krajina soll nach Darstellung des serbischen Oppositionspolitikers Draskovic ein Machtkampf unter den Separatisten stattfinden.

Nachdem schon Bosnien-Herzegowina und Montenegro sich von der serbischen Eroberungspolitik distanziert hatten, erklärte sich nun Mazedonien zum "selbständigen demokratischen, souveränen und sozialen Staat". Die JVA werde nur mehr als Gast betrachtet. Die Bundesregierung sei lediglich eine "zweite serbische Regierung", die sich via Notenpresse an den anderen Teilrepubliken unrechtmässig bereichere. Der serbische Vizeministerpräsident Kosutic hat bereits erklärt, die kleine Serbenminderheit in Mazedonien werde unterdrückt. Die JVA hat mit dem Abzug von Grossgerät aus Mazedonien begonnen.

Der wirtschaftliche Zerfall des ehemaligen Jugoslawien (mit Ausnahme von Slowenien) dürfte irreversibel sein. Im Durchschnitt ist die Industrieproduktion bis Ende August 91 um 17,3% gesunken, ein durchschnittlicher Rückgang um 30% ist bis Jahresende zu erwarten. Die Arbeitslosenzahl dürfte dann 1,3 Millionen betragen. Die JVA, deren Schicksal weitgehend von der Weiterexistenz eines möglichst grossen Restjugoslawiens abhängt, kämpft um ihr Überleben. Deshalb hatte sie sich mit den gross-serbischen Ambitionen Milosevics solidarisiert. Auch in einem Gross-Serbien dürfte aber eine Redimensionierung der JVA aus Kostengründen unumgänglich sein. Der Konflikt in Kroatien dient vorläufig noch allen Exponenten der "gross-serbischen Interessengemeinschaft": er lenkt ab von der Konjunkturlage und dient zur Rechtfertigung autoritärer Politik. Es dürfte aber mittelfristig mit Unstimmigkeiten in der "gross-serbischen Interessengemeinschaft" zu rechnen sein. Hinweise auf einen möglichen Militärputsch in Belgrad häufen sich wieder.

Obwohl alle am Kriegsgeschehen Beteiligten den Einsatz von UNO-Truppen befürworten, ist dieser durch das ambivalente Verhalten der Kontrahenten in Frage gestellt. Sollte der Waffenstillstand halten, müsste die Stationierungsfrage (an alter kroatischer Grenze, an Grenze der eroberten Gebiete, präventive Zusatzstationierungen in Bosnien-Herzegowina, an bulgarisch-serbischer Grenze) gelöst werden. Hier ist mit Unerbittlichkeit auf beiden Seiten zu rechnen. Dieses Problem ist ja auch verantwortlich für das Dilemma der Europäer in der Anerkennungsfrage: welche Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens sind zu anerkennen, und in welchen Grenzen? Und wie kann eine Anerkennung vollzogen werden, ohne die Politik der einen oder anderen Seite zu sanktionieren? Während Slowenien in seiner Integrität erhalten geblieben ist und als solches anerkannt werden könnte, müsste zur Vermeidung von Missverständnissen im Falle Kroatiens bestimmt werden, *welches* Kroatien nun anerkannt wird: das alte, oder das *de facto* in seiner Grösse beschnittene "neue". Erschwerend für einen UNO-Einsatz kommt hinzu, dass keineswegs klar ist, welche Pläne die "gross-serbische Interessengemeinschaft" für die nun weitgehend brachliegenden eroberten Gebiete eigentlich hat. Die Integration der eroberten Gebiete in ein Gross-Serbien, welches Bosnien-Herzegowina umspannt, aber nicht administrativ einschliesst, dürfte technisch schwierig zu lösen sein. Die militärische Eroberung garantiert keineswegs die anschliessende erfolgreiche Verwaltung. Zudem ist kaum zu erwarten, dass die geschädigten Kroaten auf Vergeltung verzichten.

Sollten sich beide offizielle Seiten auf einen UNO-Einsatz mit anschliessenden Gesprächen über den zukünftigen Status der eroberten Gebiete festlegen lassen, ist noch immer mit Aktionen von Freischärlern beider Seiten (auch gegen UNO-Personal und -Einrichtungen) zu rechnen. Eine der ersten Hauptaufgaben der

UNO-Truppen müsste demnach die vollständige Entwaffnung aller Kontrahenten sein.

Zu den Entwicklungsmöglichkeiten

Im kroatisch-serbischen Konflikt zeichnen sich folgende *möglichen Entwicklungen* ab:

(1) *Beide Parteien halten sich an den Waffenstillstand. Unter UNO-Vermittlung und UNO-Einsatz zur Sicherung des Waffenstillstands finden Gespräche über den Status der "befreiten" Gebiete statt.* Diese Lösungsmöglichkeit scheint im Interesse aller beteiligten Parteien zu liegen, wird aber möglicherweise gefährdet durch fehlende Kompromissbereitschaft beider Seiten. Insbesondere dürfte zu erwarten sein, dass sich Freischärlerformationen nicht für eine Verhandlungslösung erwärmen können und den weiteren Waffengang suchen werden.

(2) *Der Waffenstillstand wird als gebrochen betrachtet. Die Kämpfe werden fortgesetzt.* Die Beschränkung Kroatiens durch die "gross-serbische Interessengemeinschaft" auf das vorgesehene "Rumpfkroatien" (sogenannte "Seselj-Linie") dürfte bei entsprechendem Mitteleinsatz vorläufig zu bewerkstelligen sein. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass die kroatische Seite die Verluste einfach hinnehmen würde. Politisch dürfte in Kroatien ein Rechtsrutsch, militärisch ein Übergang zu Terrorakten gegen serbische Siedler in den eroberten Gebieten die Folge sein. Die Europäer und internationalen Organisationen hätten sich dann erneut die Frage der Anerkennung von Teilrepubliken und eines Boykotts gegen Serbien zu stellen. Es ist zu erwarten, dass ein Erdölboykott erst längerfristig Serbien wirklich schaden würde. Rumänien und Griechenland dürften versucht sein, den Boykott zu unterlaufen. Die Verunmöglichung der Donauschiffahrt würde zudem auch unbeteiligte Staaten treffen.

(3) *Die "gross-serbische Interessengemeinschaft" scheitert am Widerstand der eigenen Bevölkerung.* Die isolierte Stellung Serbiens auch in Jugoslawien kann durch Propaganda nicht überspielt werden. Die JVA hat weiterhin Schwierigkeiten mit der Rekrutierung. Negativ vermerkt wird insbesondere, dass auch viele serbisch-stämmige Wehrunwillige aus den "befreiten" und "zu befreienden" Gebieten Kroatiens ins Ausland oder zu Verwandten nach Serbien geflüchtet sind. Zudem wird die serbisch kontrollierte Nationalbank nicht mehr lange auf die Notenpresse und die Devisen-Sparkonten der Bürger zur Finanzierung des Krieges zurückgreifen können.

(4) *Die beiden Konfliktparteien einigen sich ohne internationale Vermittlung.* Diese Möglichkeit dürfte nur dann ins Gewicht fallen, wenn eine der Kriegsparteien (wohl Kroatien) so geschwächt wäre, dass Verhandlungen nicht mehr ausgewi-

chen werden kann. Auch dann kann längerfristig ein erneutes Aufflammen von Konflikten (Rache-, Vergeltungsakte) nicht ausgeschlossen werden.

(5) *Bei Fortsetzung der Kämpfe: der JVA gehen die Mittel aus (Finanzen, Mannschaften, Material). Uneinigkeit in der "gross-serbischen Interessengemeinschaft" führt zu Spaltungen.* Diese mögliche Entwicklung ist im Auge zu behalten, kann aber noch nicht abschliessend beurteilt werden.

Als wahrscheinlich zu beurteilen ist eine Kombination aller aufgezeigten Varianten mit Ausnahme vielleicht der Möglichkeit, dass sich die Kontrahenten ohne internationale Vermittlung einigen können. In allen Fällen ist eine Fortsetzung der Kämpfe mit geringem Profil zu erwarten bei gleichzeitigen Verhandlungen mit internationalen Organisationen. Eine zunehmende Uneinigkeit im gross-serbischen Lager ist wahrscheinlich. Diese dürfte sich aber kurzfristig noch nicht auf das Frontgeschehen auswirken. Der UNO-Truppen-Einsatz wird von beiden Seiten nur dann und dort begrüsst werden, wenn und wo er ihnen nützt. Er ist dementsprechend gefährdet.

Auswirkungen auf die Europäische Gemeinschaft und die Schweiz

Für die Europäische Gemeinschaft und die Schweiz stehen weiterhin folgende mögliche Auswirkungen im Vordergrund:

- eine Zunahme der Einwanderung von Flüchtlingen aus den Kriegszonen, wobei weiterhin vor allem Frauen, Kinder, Alte und Wehrdienstunwillige im Ausland in Sicherheit gebracht werden dürften.
- Auseinandersetzungen im Exilmilieu dürften mit der Brutalisierung des Kampfgeschehens zunehmen.
- Bei einer Fortsetzung des Konfliktes dürften vor allem kleinere Kriegsteilnehmerparteien vermehrt versucht sein, sich im westlichen Ausland Waffenkäufe allenfalls durch Drogenhandel zu finanzieren, Waffenschmuggel und -beschaffung dürften vermehrt Probleme bereiten.
- Das Wegfallen der Transportrouten durch Jugoslawien beeinträchtigt den Warenaustausch Westeuropas mit Südosteuropa und dem Nahen Osten (Umweg über Ungarn, Rumänien). Nachteilig dürfte sich zudem auswirken, dass die Telekommunikationsverbindungen zwischen Bulgarien und Westeuropa durch Jugoslawien laufen und teilweise unterbrochen sind.
- Hilfeforderungen an den Westen dürften im kommenden Winter und Frühjahr zunehmen (Zerstörung der Ernte in Kroatien, weitgehende Vernichtung des Viehbestandes in den umkämpften Gebieten).

VERTRAULICH

- Von den Nachbarstaaten sind vor allem Ungarn und Bulgarien betroffen. Der jugoslawische Luftangriff auf die ungarische Grenzstadt Barcs dürfte als Drohung der JVA gegenüber Ungarn zu verstehen sein. Die ungarische Luftverteidigung gilt als schwach. Ein begrenztes Übergreifen der Kampfhandlungen auf ungarisches Gebiet ist nicht auszuschliessen. Ungarn dürfte darauf bedacht sein, Gebietsverletzungen auf sehr niedrigem Niveau zu begegnen, um nicht einen Vorwand zur Eskalation zu liefern, welche den wirtschaftlichen Aufschwung (Investitionen) gefährden könnte.